Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 178 — Jahrgang 213

...ungspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, ...de von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Sonnabend-Ausgabe

Sonnabend, 1. Mai

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2.50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die Valutakommission hielt am Donnerstag ...Sitzung ab, um die deutschen Delegierten für ...Entente-Finanz-Konferenz, die am 15. Mai ...zusammentreten soll, zu bestimmen.

* Die französische Regierung hat den deut... Vorschlag, eine deutsch-französische Wirt...afts-Konferenz binnen kurzem stattfinden zu ...en, angenommen.

* Vor der Konferenz von Spaa werden eine ...zwei Beratungen zwischen Lloyd George ...Millerand stattfinden.

* Nitti wird voraussichtlich an der Konferenz in ...paa am 25. Mai teilnehmen.

* Zum Bischof von Paderborn wurde der ...pitularvikar Kaspar Klein gewählt.

Die Abrüstung des deutschen Heeres

Vom Reichsministerium wird über unsere Abrüstung gemäß ...Bestimmungen des Friedensvertrages folgendes mitgeteilt: Die Bestückung unserer Festungen ist noch ...gegenstand der Verhandlungen. Wir haben als Bestandstag ...10. Januar 1920 angegeben, während die Franzosen den ...Juli 1914 wählten. Dies ist eine grundlegende Verschieden...der Auffassungen. Nach dem Friedensvertrag sind uns Be...fungen nur für die Ost- und Südfestungen gestattet. ...nigsberg hat gegenwärtig 578 schwere, 530 leichte Ge...ze, 60 Flugabwehrgeschütze, zusammen 1168 Rohre. Die ...ung Königstein bei Dresden 44 schwere, 28 leichte und ...Flugabwehrgeschütze, zusammen 90 Rohre. Alle diese Ge...ze sind von der Ententekommission besichtigt worden. Die ...mission legt aber den Friedensvertrag so aus, daß nur eine ...ere Bestückung notwendig sei. Wir haben als Grund für ...Bestückung der obengenannten Festungen angegeben, daß die ...ederten territorialen Verhältnisse eine gewisse Stärke der ...n Festungen erforderlich machen. Wir erinnern nur an die ...ung von Maubeuge und Kowno, die wesentlich mehr als ...Rohre hatten.

Die Schleifung unserer Festungen vorzunehmen, ...wir in jedem Falle durch den Friedensvertrag verpflich... Es handelt sich vorderhand dabei nur um Wesel und Ilsein, ...die anderen Festungen sich zurzeit in der Hand der Entente ...finden. Wir haben eigens darum gebeten, beraltete Anlagen, ...zum Beispiel die Wälle in Wesel, nicht schleifen zu müssen, ...des eine Verschwendung von Arbeitskräften und Mitteln ...würde.

Die Ablieferung von Waffen und Heeres...ät. Wir haben der Entente 12 000 leichte, 2500 schwere und ...Flakgeschütze, 3358 Minenwerfer, 21 676 Maschinengewehre, ...000 Gewehre, 15½ Millionen Artilleriegeschoß und 28½ Mil...en Gewehrpatronen angeboten. Dieses Material ist sofort ...vom Reichswehrministerium an das nunmehr zuständige Reichs...ministerium abgegeben worden. Die Frage ist nun: Be...gt sich die Entente mit der bloßen Zerstörung dieses ...aterials oder soll dieses nach der Zerstörung ihr ...abgeliefert werden? Wenn das der Wunsch der Entente ...so würde Deutschland wirtschaftlich sehr schwer ...geschädigt werden.

Die Flugzeugabrüstung. Nach dem Stande vom ...März besaßen wir 172 Dienst- und Reserveflugzeuge. Wir ...den Befehl erhalten, auch das letzte Flugzeug abzuliefern, ...haben demgemäß vor einigen Tagen unseren ganzen, noch ...handenen Bestand, nämlich 400 Flugzeuge und 820 Flug...ren, zur Verfügung gestellt. Wohin wir dieses Material ...liefern sollen, ist uns noch nicht mitgeteilt worden. Neben der ...chaffung der Kriegsakademie ist diese Abrüstung des mili...rischen Flugwesens einer der schwersten Schläge für unsere ...Wehrkraft.

Die Heeresstärke betrug nach dem Stand vom 5. April ...00 Offiziere und 220 018 Mannschaften. Diese Zahl wird ...15. Mai auf 200 000 Mann herabgesetzt sein und bleibt dann ...mmungsgemäß bis zum 1. Juli vorgeschrieben. Die Entente ...ert bei der Abiehung unserer Heeresstärke leider nicht mit ...der Notwendigkeit der militärischen Abwicklungsstellen. Diese ...stehen aber gar nicht dem Reichswehrministerium, sondern ...dem Reichsfinanzministerium und besitzen keinerlei militärischen ...rt. Das gleiche gilt für die Gefangenenbewachung, die außer...halb der Reichswehr steht. Auch Sicherheits- und Einwohner...wehren haben mit dieser nichts zu tun. Die Zeitfreiwilligen haben ...mit Anfang April den Befehl zur ihrer Auflösung erhalten.

Bezüglich der Reichsmarine sind die uns auferlegten ...Bestimmungen bereits seit dem 10. März erfüllt. Beanstandungen ...seiten der Entente sind inzwischen nicht erfolgt.

Das Ministerium betont, es lege mehr Wert auf das Ver...trauen des In- und Auslandes, als auf ein paar verdrehene Ge...weher oder Minenwerfer. Es treibe keine Verschleierungspolitik, ...sondern gebe der Entente frei und offen von allen Dingen ...Kenntnis.

Der Londoner Vertrag

London, 30. April.

Der Londoner Vertrag, der am 26. April 1915 ...zwischen England, Frankreich und Rußland einerseits und ...Italien andererseits abgeschlossen wurde, ist gestern abend ...veröffentlicht worden, ohne daß die Veröffentlichung ...wirklich Neues brächte. Der Vertrag besteht aus 16 Ar...tikeln und einer später beigefügten Note. Die drei ersten ...Artikel stellen die Notwendigkeit militärischer und maritimer Maßnahmen zwischen den Alliierten und Italien fest. Italien ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung des Vertrages am Kriege teilzunehmen und alle seine Mittel aufzubieten, um den Krieg gemeinsam mit England, Frankreich und Rußland gegen alle ihre Feinde zu führen. Als Entschädigung dafür wird Italien bei Abschluß des Friedensvertrages das Trentino, das zisalpinische Tirol mit seinen geographischen und natürlichen Grenzen, Triest und ganz Istrien bis an den Quarnero mit Ausnahme einiger namentlich aufgeführter Inseln bekommen. Italien sollte zugleich die Provinz Dalmatien erhalten sowie die volle Souveränität über Valona, die Insel Sasseno sowie die umliegenden Gebiete, die Rechte und Vorrechte in Lybien, die durch den Vertrag von Lausanne der Türkei vorbehalten worden waren.

Im Artikel 16 verpflichten die Alliierten sich, Italien bei einem eventuellen Einspruch gegen einen Vorschlag auf Zulassung eines Vertreters des Heiligen Stuhles zu den Friedensverhandlungen oder zu anderen Verhandlungen über die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen zu unterstützen.

London, 30. April.

„Pall Mall Gazette" meldet, daß nach einer Mitteilung Lloyd Georges die Konferenz in San Remo wahrscheinlich die letzte Sitzung der Friedenskonferenz gewesen ist. Vielleicht werde es notwendig sein, daß die Alliierten sich dann und wann über die Durchführung des Abkommens beraten. Aber der Premierminister glaubt nicht, daß die Friedenskonferenz als solche nochmals zusammenberufen werden wird.

Ein 160000 Mann-Heer?

Haag, 30. April.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune" in San Remo meldet:

„Die Alliierten haben sich entschlossen, Deutschland ein Heer von 160000 Mann zu belassen, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergibt. Der Beschluß hängt aber von der Räumung des Ruhrgebiets durch die Reichswehrtruppen ab.

1871 und 1920

Amsterdam, 30. April.

In seinen Aeußerungen über die Ruhrfrage wies Lloyd George darauf hin, daß eine ähnliche Frage 1871 in Frankreich entstanden sei, als die Kommunarden Paris und andere französische Städte in Händen hatten. Gegenüber dem damaligen deutschen Vorschlage, die Kommune durch deutsche Truppen zu unterdrücken, habe Thiers darauf bestanden, daß die Franzosen allein die Ordnung im Lande wiederherstellen sollten. Lloyd George schloß: Wir waren der Ansicht, daß dieses Verfahren auch in Deutschland befolgt werden müßte. Wenn einflußreiche französische Blätter und Publizisten den Argwohn erweckt hätten, daß annexionistische Absichten vorhanden seien, so seien alle diese Mißverständnisse nun in San Remo beseitigt worden.

Der Herr Engländer vergißt nur eins, aber dieses Eine ist gerade die Hauptsache. 1871 geschah von deutscher Seite alles, was nur geschehen konnte, damit die Franzosen den Aufstand niederschlagen konnten. Sie durften ihre Truppen verstärken und erhielten Lebensmittel und anderes zur Unterstützung ihrer kämpfenden Truppen durch die deutsche Front hindurch. Was tun die Franzosen von heute? Sie lassen sich zu Verhandlungen mit den Aufrührern herbei, sie wollen mit allen Mitteln hindern, daß wir hinreichende Truppen zur Verfügung gegen den roten Terror haben und besetzen zuguterletzt mitten im Frieden friedliche deutsche Städte. Warum vergißt Lloyd George gerade diese wichtigsten Argumente?

Die Koalitionsregierung in Böhmen

Prag, 30. April.

Der Landeskongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei hat mit 41 gegen 12 Stimmen beschlossen, in der Koalitionsregierung zu verharren, und hat seine Zustimmung gegeben, daß Ministerpräsident Tusar den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts annehme. Die in der Minderheit gebliebene kommunistische Partei hatte verlangt, man solle an keiner Regierung mit bürgerlichen Parteien teilnehmen.

Deutsch-lettischer Friedensschluß

Die zwischen der deutschen Regierung und einer Delegation des lettländischen Roten Kreuzes in Berlin geführten Friedensverhandlungen sind zum Abschluß gebracht worden. Wie der „Lok.-Anz." hört, soll das Verhandlungsprotokoll noch heute von beiden Seiten unterzeichnet werden. Deutschland, das mit Lettland nie Krieg geführt hat und nur durch das Bermondt-Abenteuer in den Kriegszustand sozusagen hineingerutscht ist, hat sich u. a. zur Zahlung einer Kriegsentschädigung von mehr als einer Milliarde und zur Ablieferung einer großen Zahl von Lokomotiven und Waggons verpflichtet. Eine andere Bedingung, die Deutschland auf sich genommen hat und die von den Letten als eine conditio sine qua non behandelt wurde, ist die Absendung einer deutschen Delegation nach Riga, die dort das Friedensinstrument zu unterzeichnen hat. Das soll im Laufe der nächsten 14 Tage geschehen, worauf erst der deutsch-lettische Friede als abgeschlossen gelten wird.

Die Beamten und die Sozialdemokratie

Unter dieser Ueberschrift druckt die „Volksstimme" einen Aufsatz ihrer Halberstädter Gesinnungsgenossin ab, der geeignet ist, über ihre Stellung zu der Beamtenschaft weite Kreise irrezuführen.

Zunächst ist festzustellen, daß dieser Artikel, mit dem man die Beamtenschaft einfangen will, ein Wahlmanöver ist, und zwar so gewiß, als die Sozialdemokratie im Gegensatz zu jenen Ausführungen keineswegs eine Volkspartei, sondern eine Arbeiterpartei ist und sein will. Wo sie über den Kreis der Arbeiterschaft hinausgreift, ist die Folge für die ihr allmählich verfallenden, sozial andersgearteten Volksschichten, daß sie proletarisiert werden. Ob zu ihrem Heil, ist fraglich. — Ich habe es immer als eine Anmaßung des Arbeiters empfunden, daß er schon mit dieser Bezeichnung den Begriff der produktiven Arbeitsleistung für sich gewissermaßen pachtet; ein großer Teil der Arbeiterschaft billigt produktiv schaffenden Ständen, besonders rein geistig produzierenden, nicht das Recht zu, Arbeiter zu sein in dem Sinne, daß auch deren Berufstätigkeit voller Mühe und Arbeit ist. In der Unterschätzung des Wertes der geistigen Arbeit, der sich aus Kapital — nämlich der kostspieligen, meist jahrelangen, unbesoldet verbrachten Vorbereitungszeit und aus tätiger, nicht schweißtreibender, dafür aber nervenverbrauchender, weil verantwortungsvoller und folgenschwerer Tätigkeit zusammensetzt, liegt eine der Ursachen, deren Gesamtheit die Unmöglichkeit erweist, alles, was jetzt besteht, in das Prokrustesbett sozialdemokratischer Dogmen zu zwingen. Da die sehr starke Minderheit der Bevölkerung Deutschlands nicht aus Arbeitern besteht, ja, die Mehrheit in Deutschland sozialdemokratischen Ansichten nicht huldigt — das haben die Wahlen zur Nationalversammlung zahlenmäßig zum Erstaunen der Sozialisten erwiesen, wie es die kommenden Reichstagswahlen erweisen werden —, so ist dafür gesorgt, daß es mit der Verwirklichung des sozialistischen Staates, der uns Beamten in jenem Artikel schmackhaft gemacht werden soll, noch lange Weile hat.

Man geht vorsichtig genug vor, denn man ist in sozialistischen Kreisen des Erfolges bei uns Beamten keineswegs sicher. Nach dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages „soll das Berufsbeamtentum erhalten bleiben". Schön; wir erhalten also unsere Daseinsnotwendigkeit gewissermaßen parteiamtlich zugesichert, übrigens mit einem Seitenhieb auf „ganz verrannte Theoretiker der Demokratie", die mit ehren- und nebenamtlichen, periodisch wechselnden Beamten auskommen wollen".

Dann aber, was für uns Beamten besonders wichtig ist, wird über die „unwiderrufliche Anstellung", die „Unkündbarkeit der Stellung" orakelt. Ein wundervoller Eiertanz wird aufgeführt: Da „jeder Einzelne . . . gleichgültig an welcher Stelle er steht . . . schließlich Angestellter der organisierten Gesamtheit ist", so kann ihm nicht gekündigt werden. Die alte Geschichte: Schluß mit jeder individuellen Betätigung, keinerlei Rücksicht auf Ziele und Streben der Menschennatur, unerträgliche Reglementierung im Zwangsstaate. Nun wird ausgeführt, daß sich der Beamte bei ganz besonderer (oder auffallend geringer) Befähigung gefallen lassen muß, daß ihm eine andere Funktion übertragen wird. Seien wir ehrlich; nach heutigen Erfahrungen wird das auf eine zwangsweise Versetzung in ein niederes Amt hinauslaufen, wenn einer von uns Beamten aus irgend einem Grunde den Partei- — d. h. dann: den Staatsfunktionären nicht mehr paßt. „Wer nicht pariert, fliegt!" — das erleben wir jetzt praktisch alltäglich. Die Beamtenausschüsse wurden von ministerieller Seite amtlich als praktische Gesinnungsschnüffelungs-Organisationen anerkannt; Regierungs- und Staatsanwaltschafts-Beamte sollen als politische erklärt werden, um möglichst leicht der Maßregelung zum Opfer zu fallen usw. Wer glaubt, daß diese höchst menschlichen Leidenschaften, die im alten, so arg begeiferten System durch Tradition und eine starke, über den Parteien schwebende Regierung im Zaum gehalten wurden, mit Einrichtung des Zukunftsstaates erloschen sind? Kein erfahrener Mann, dem Menschliches nicht fremd ist!

Wie weltfremd mutet uns Beamte an, was über Bildungsmöglichkeiten gesagt wird! Das sind sehr hohe Forderungen, die zu verwirklichen unendlich schwer ist. Wie schwer, das zeigt uns die deutsche Republik selbst. Bei allem Idealismus, den wir den Besten und Ehrlichsten unter den regierenden Sozialdemokraten gern zubilligen, muß doch wieder und wieder gesagt werden, daß der Durchschnitt unserer hohen Beamten an Tüchtigkeit und Fähigkeit keinen Vergleich aushalten kann mit früheren Ministern. Kam es der Sozialdemokratie auf Propaganda an, so konnte sie sich nie ärger schädigen. Sind das die „Tüchtigsten und Fähigsten", die ihr „Höchstes und Letztes" hergeben? — Dazu sagt die „Volksstimme" doch auch: „Die Gesellschaft wird eben durch geeignete Mittel dafür sorgen müssen, daß auch hier von vornherein nur die dafür Geeigneten in das Amt kommen." Wahrhaftig: blasse Theorie und „grüne" Praxis!

Die Beamten sollen dann weiter damit eingefangen werden, daß es unsozialistisch wäre, „im heutigen Stadte einen Beamten seines Amtes zu entlassen, ohne Sicheruna

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005011-13/fragment/page=0001

seiner Existenz, so unsozialistisch, daß einem Sozialdemokraten dieser Gedanke gar nicht kommen kann" (sogar fett, und auf besonderer Zeile gedruckt!)

Nun, auch hier steht die Theorie mit der Praxis im krassesten Widerspruch; jedenfalls sind Versuche solcher Entlassungen schon gemacht. Wie lauteten doch gewisse Telegramme? Beamte, welche sich nicht auf die Seite der alten Regierung stellen, „sind entlassen"! So Görsing, Geh. Rat Brecht, so Krüger-Merseburg! Hier war ein grober Rechtsbruch geplant im Widerspruch zu den, in Disziplinargesetzen verbrieften Sicherungen der Beamten. Kein Beamter kann entlassen werden, es sei denn nach Recht und gesetzlichem Verfahren. Ich bestreite der Regierung gar nicht das Recht, gegen Beamte, die gegen sie amtlich tätig sind, vorzugehen, aber gefälligst nach Recht und Gesetz. Obengenannte Sozialdemokraten haben aber den unsozialistischen Gedanken gefaßt, „den Beamten seines Amtes ohne Sicherung seiner Existenz zu entlassen."

Damit wissen wir Beamten ganz genau, wie Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie auseinanderstreben und wessen wir uns von einem sozialistischen Staate und seinen sozialistischen Führern zu versehen haben! Der Beweis ist erbracht. —

Schließlich fordert das sozialistische Programm die Wahl der Behörden durch das Volk. Unter „Behörde" ist noch der authentischen Interpretation der „Volksstimme" der an der Spitze stehende oberste Beamte zu verstehen, und unter „Volk" die „irgendwie beteiligte organisierte Gesamtheit". Nun stelle man sich mal vor, wie demütigend es für einen tüchtigen Beamten sein muß, seine Beförderung seinen Untergebenen bzw. Laien zu verdanken. Ein Landgerichtspräsident, ein Direktor einer Oberpostdirektion, der Präsident einer Oberzolldirektion von einer irgendwie beteiligten Organisation der Gesamtheit gewählt, statt seinen eigenen Fähigkeiten seine Beförderung zu verdanken. Oder, trotz solcher Fähigkeiten, nicht gewählt! Wahlen sind immer etwas Unsicheres und Zweischneidiges; wo das Interesse der Beteiligten so klar ersichtlich mitspricht wie z. B. bei Aktiengesellschaften, da wird fast immer der rechte Mann gefunden. Den Verwalter staatlicher Hoheitsrechte auf diesem Wege zu suchen, ist ein unfruchtbares Beginnen; es ist ganz unausbleiblich, daß nicht der Tüchtigste, viel eher der bequemste Vorgesetzte gewählt wird. In einer Staatsform, die viel leichter als eine monarchische der Bestechlichkeit ausgesetzt ist, werden unlautere Beeinflussungen unvermeidlich sein, auch wenn das Geld als Mittel zum Zweck keine Rolle spielt.

Die sozialistischen Dogmen, die ursprünglich vorwiegend national-ökonomischen Charakter trugen, sind auf staatliche Verhältnisse und Organisationen nicht übertragbar; geschieht dies dennoch, so wirken sie bei der bewußten Außerachtlassung der menschlichen Natur absurd und müssen deshalb naturnotwendig Schiffbruch erleiden oder zum Ruin des Staates führen.

Am Schluß des Artikels kommen noch einige starke Töne und kühne Behauptungen. Die Beamtenschaft, die nachdenkt, muß unweigerlich zu dem Schlusse kommen, daß die Sozialdemokratie die bei weitem ungeeigneteste Partei ist, sie zu vertreten. Bei ihr ist alles andere als „freier Geist"; gerade bei ihr ist „drückender Zwang". Die Beamtenschaft hat aus den letzten politischen Vorgängen gelernt, wessen sie sich von sozialdemokratischer Seite zu versehen hat, mag es sich nun um Mehrheitssozialisten handeln, die hier in Wahrheit Minderheitssozialisten sind, oder um Unabhängige, die trotz aller amtlichen Ableugnungsversuche eifrig am Werke sind, ein Staatswesen, nämlich die Räterepublik, aufzurichten, in dem für uns Beamte keinerlei Raum ist. Wir denken an die mißhandelte Beamtenschaft von Landratsämtern und Magistraten (Osterfeld), an zwangsweise zu Rotgardisten gepreßte Lehrer, an gemordete Pfarrer, und wissen, welchen Weg wir zu gehen haben.

—ek.

Zwangsarbeit in der Räterepublik

(Von unserem hi-Sonderberichterstatter.)

Moskau, 30. April.

Die Räteregierung veröffentlichte in ihrem amtlichen Organ, der „Prawda", eine Verordnung, der zufolge alle Bürger, Frauen und Kinder in den Dienst der Straßenreinigung gestellt werden. Wer sich weigert, an dieser Arbeit teilzunehmen, wird zwangsweise in die Arbeitsarmee eingereiht und die Wohnungen solcher Zwangsrekruten werden an besonders tüchtige Arbeiter verteilt.

Der 1. Mai

Amsterdam, 30. April.

Den englischen Blättern zufolge ist zu erwarten, daß der 1. Mai in einem bisher nicht dagewesenen Umfange in dem Vereinigten Königreich gefeiert wird. Man glaubt, daß alle Betriebe, mit Ausnahme der lebenswichtigen, am Sonnabend schließen werden.

Paris, 30. April.

Der Minister für öffentliche Arbeiten gibt bekannt, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, um den Verkehr auf der Untergrundbahn und den Straßenbahnen, sowie den Fortgang der öffentlichen Betriebe am 1. Mai zu sichern.

Schwerin, 30. April.

Der verfassunggebende Landtag hat den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag festgesetzt.

Prag, 30. April.

Der Ministerrat hat beschlossen, daß der 1. Mai als allgemeiner Staatsfeiertag gefeiert wird.

Der Elbeschifferstreik

(Von unserem hi.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 30. April.

Der Schifferstreik auf der Elbe hat sich seit gestern bedeutend verschärft. Nur in wenigen Elbeorten wird noch gearbeitet. Selbst die Lebensmittelkähne liegen fest, berunter zwei Schiffe von Hamburg mit amerikanischem Mehl, die für die Tschecho-Slowakei bestimmt sind. Infolge der verschärften Lage ist man im Reichsverkehrsministerium mit den Schiffern heute in Verhandlungen eingetreten über die Beilegung des Ausstandes. Neben den Forderungen über Aenderungen der Arbeitsbedingungen sollen auch andere Gründe in der Bewegung eine Rolle spielen.

„Die Entwaffnung der Welt"

Amsterdam, 30. April.

Wie aus London gemeldet wird, sagte Asquith in der Aussprache im englischen Unterhause unter anderem, es sei notwendig, daß in allen Ländern mit der Entwaffnung begonnen werde. Die Zeit komme heran, wo der Oberste Rat sich auflösen könne und die weitere Arbeit am Wiederaufbau der Welt dem Völkerbund überlassen werden müsse. Bottomley verteidigte die Haltung Frankreichs und sagte, man habe genug von Wilson. Lord Robert Cecil drückte seine Befriedigung über die Erklärung Lloyd Georges aus. Dieser ergriff noch einmal das Wort und stellte fest, daß der Emir Faisal eingeladen worden sei, zur Besprechung über Syrien nach Paris zu kommen. Lloyd George pries ihn als offenen und ehrlichen Mann, mit dem man ausgezeichnet verhandeln könne. Er schloß mit den Worten: „Die drei Großmächte Westeuropas sind die Pfeiler, auf denen der ganze europäische Bau ruht. Bis jetzt reichte der Schiffbruch noch nicht aus. Unter den jetzigen Verhältnissen sind die drei alliierten Großmächte die einzigen, die den Weiterbau am Friedenswerk fördern können.

Belgische Willkür

Wie die Wahlen in Eupen und Malmedy gemacht werden.

Berlin, 30. April.

Der belgische Oberkommissar für die Gebiete von Eupen und Malmedy hat eine Verfügung erlassen, nach der derjenige, der versucht, neben den von den belgischen Behörden ausgelegten Listen zur Volksabstimmung andere Listen aufzulegen, oder zirkulieren läßt, oder der sich in solche Listen eingezeichnet, oder der eine Aenderung des im Friedensvertrag vorgesehenen Abstimmungsverfahrens anstrebt, mit Geldstrafe bis zu 1000 Franken und Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen belegt wird.

Die neue Verordnung kennzeichnet den Willen der belgischen Behörden, mit allen Mitteln zu verhindern, daß ein klares Bild von der wahren Stimmung der Bevölkerung zustande kommt.

Die Kämpfe mit den Bolschewisten

Dem „Algemeen Handelsblad" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß General Wrangel an der Krim-Front den Bolschewisten nach sechstägigem Kampfe eine schwere Niederlage beigebracht habe. Die roten Truppen verloren 6 Geschütze, 60 Maschinengewehre und Gefangene.

Haag, 30. April.

In Washington liegt laut „Nieuwe Courant" eine amtliche japanische Meldung vor, nach der die japanischen Wachabteilungen in der Gegend von Nikolajem in Ostsibirien völlig geschlagen, die japanischen Einwohner ermordet und alle Verbindungen abgeschnitten sind.

Der Korrespondent der „Associated Preß" in Sebastopol meldet, daß die Moskauer Regierung die südrussischen Reiche zum Anschluß an die Bolschewisten aufgefordert habe. Die Don-, Terek- und Kubansofaken haben der Entente geboten, im Sinne der Beilegung der Feindseligkeiten zu intervenieren.

Wie „Telegraaf" aus Konstantinopel meldet, verloren die türkischen Nationalisten im Kampfe mit Regierungstruppen bei Dusje Abadagar 1500 Gefangene, darunter drei Parlamentsmitglieder, und vier Geschütze.

Die Buchhandels-Genossenschaft

Leipzig, 30. April.

Eine außerordentliche Hauptversammlung des Vereins der Leipziger Kommissionäre nahm eine Entschließung an, in der die Ueberführung des privatwirtschaftlichen Buchhandels und der Kommissionsgeschäfte in einen großen Genossenschaftsbetrieb als unbillig gegen die Kommissionäre und auch nicht im Interesse des Allgemeinheit liegend abgelehnt wird. Die vorgeschlagene Neuregelung sei größtenteils zurzeit weder durchführbar noch gar verbindlich für den Verkehr über Leipzig. Der Vorstand des Vereins wird beauftragt, die Auffassung der Kommissionäre in einer Gegendenkschrift niederzulegen und diese baldigst zu veröffentlichen.

Das Wahlgesetz. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Reichswahlgesetz mit einer Anlage, in der die Wahlkreise und Wahlkreisverbände aufgeführt werden.

Unter den Vertretern der Reichsregierung und der bundesstaatlichen Regierungen, welche am 3. Mai die zweite Frankfurter Internationale Messe besuchen werden, befinden sich auch der preußische Handelsminister Fischbeck und in Vertretung des Ministerpräsidenten Braun Regierungsrat von Kameke.

Prozeß Hiller vor dem Oberkriegsgericht

Nach der Vernehmung des Angeklagten, in der dieser die Vorgänge im wesentlichen so schilderte, wie aus dem ersten Prozeß erinnerlich, wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Erster Zeuge ist Soldat Rosenblüth. In der Kompagnie sei es überhaupt bei Offizieren und Unteroffizieren Sitte gewesen, mit der Hand zu schlagen. (Bewegung.) Auch ihn selbst sei jedoch vom Angeklagten Rücksicht genommen worden, da ihm der Dienst wirklich schwer fiel. Er habe ihm auch seinen Schutz angedeihen lassen vor antisemitischen Anpöbeleien.

Zeuge Monteur Erich Orth, der Sanitätsunteroffizier war, sagt sehr zögernd aus und erklärt, daß er sich an die Vorgänge damals nur noch sehr ungenau erinnern könne. Er will auch nicht mehr wissen, ob er selber Helmbake gestoßen hat. Er hat dem Oberleutnant Hiller von der Erkrankung Helmbakes, als er in dem Erdloch untergebracht war, keine Meldung gemacht, weil Hiller doch vollständig im Bilde war. Als nächster Zeuge erklärt Dr. Müller, Arrestanten wurden vor ihrer Bestrafung niemals untersucht.

Vorsitzender: Sind über die einzelnen Todesfälle bei der Kompagnie besondere Meldungen gemacht worden? — Zeuge: Nein. Bei einer Unterredung mit Oberleutnant Hiller sprach ich jedoch die Ansicht aus, daß man über den Fall Helmbake besondere Meldung machen müsste, damit der im Anschluß an die Strafe erfolgte Tod des Mannes später nicht ausgeschlachtet werde. Soviel ich weiß, ist der Fall Helmbake auch protokollarisch niedergelegt worden. — Vorsitzender: Angeklagter, wo ist das Protokoll hingekommen? — Hiller: Ich erinnere mich an solch Protokoll nicht.

Für den Angeklagten schwer belastend sind die Aussagen des Büroboten Berlin, der bekundete, daß Hiller dem an einen Baum angebundenen Helmbake ins Gesicht geschlagen haben und sich wiederholt in roben Redensarten über diesen ergangen habe. Er könne diese Aeußerungen sein ganzes Leben lang nicht vergessen. Wegen verschiedener Widersprüche mit Bekundungen anderer Zeugen wurde seine Vereidigung ausgesetzt. Auch der nächste Zeuge Lichterfeld schildert, daß Helmbake, der sich bei seinem Gefreiten krank meldete und deshalb am Gewehrreinigen nicht teilnehmen konnte, von Hiller an den Baum gebunden wurde. Helmbake wimmerte furchtbar. Als Helmbake tot war, kam unser Gruppenführer Kuhn und instruierte seine Leute, daß sie aussagen sollten, Helmbake habe im Unterstand Essen erhalten. Oberleutnant Hiller wünsche das so. Noch belastendere Angaben macht der Maurer Sebastian Kaiser, der unter dem Verdacht der Fahnenflucht mit Helmbake fünf Tage in dem Erdloch lag. Er sagt aus: Wir bekamen kein Essen außer dem, was uns die Kameraden heimlich zusteckten. Helmbake war so schwach, daß er sich nicht mehr bewegen konnte. Aerztlich untersucht wurde er niemals, dabei stöhnte er Tag und Nacht vor Schmerzen. Als Helmbake zur Latrine gebracht wurde, trat Hiller ihm in den Rücken und schlug mit einem Stock nach ihm. Hiller machte er den Vorwurf, öfters betrunken gewesen zu sein, was dieser energisch bestritt.

Der Zeuge Kaufmann Löwenthal belastet den Angeklagten Hiller in außerordentlich schwerer Weise. Er gibt an:

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

37) Von Max Treu-Halle.

Der laute Lärm machte die Bauern aufmerksam, einer kam und holte mich, Frieden zu stiften. Ich lief eilends hinab zum Bach und fand die Schlacht in vollem Gange; mit Fäusten und Stöcken schlug man aufeinander ein. Mein Rufen wurde nicht beachtet; erst als ich dazwischensprang und hüben und drüben den einen und andern Hauptstreithahn herausholte, trat allmählich Stille ein.

Das Schlachtfeld sah ziemlich wüst aus. Kleiderfetzen, zertretene Mützen, zerbrochene oder zerhauene Stöcke lagen herum, und am Bache standen mehrere Kämpfer und wuschen sich blutige Gesichter und blutige Hände. Die fremden Kinder waren, sofort, nachdem der Kampf abgebrochen war, rückwärts über den Laufsteg an das jenseitige Ufer des Baches geeilt und hielten sich johlend und schreiend in respektvoller Entfernung. An unsern Dorfkindern aber wollte ich ein Exempel statuieren, daß sie trotz meines Verbots sich in eine Prügelei eingelassen hätten.

Ich ließ mir also zunächst den Vorfall erzählen, wobei mir über dem Eifer der Knirpse und am meisten über dem zornmutigen kleinen Peter Fenz, der von Nässe triefte, das Lachen näher war als das Weinen. Mariechen aber stand während des Verhörs hinter mir, hatte mich ängstlich am Rockzipfel gefaßt und lugte scheu hinüber nach der Gegenpartei.

„Ihr habt das Gebot eures Lehrers verachtet", sagte ich streng nach Feststellung des Sachverhaltes. „Ihr werdet darum auch eure verdiente Strafe erhalten!"

„Die Polacken haben aber angefangen!" sprach Peter Fenz und drückte das Wasser aus seinen Hosenbeinen heraus. „Radnicki-Joseph hat mich ins Wasser gestoßen!"

„Dahin hätte es gar nicht kommen sollen, Peter", entgegnete ich. „Wißt ihr nicht, daß ich euch immer gesagt habe, ihr solltet jeden Streit vermeiden und den fremden Kindern aus dem Wege gehen?"

Hans Wiedemann jedoch rief:

„Das ist aber unser Bach, Herr Lehrer! Da haben wir alle Jahre und alle Tage unsere Kähne hineingesetzt, und das wollten uns die Polacken verbieten!"

„Dann hättet ihr die Klügeren sein und euch einen andern Spielplatz am Wasser suchen sollen. Ihr habt gar keine Entschuldigungsgründe!"

Da aber trat Peter Fenz vor und sagte mit kecker Stimme:

„Sie haben zu uns gesagt: Elendige Deutsche! Und das wollten wir uns nicht gefallen lassen!"

Nun wußte ich wirklich nicht, was ich dem kleinen Nationalkämpfer entgegnen sollte. Und, wie es immer geschieht, wenn ein Erwachsener einem Kinde auf eine unerwartete Frage keine Antwort zu geben weiß, so setzte auch ich meine strengste und ernsteste Miene auf und befahl:

„Marsch, in die Schule! Ihr alle werdet zwei Stunden Strafschule haben! Du, Peter, gehst nach Hause und ziehst dir trockene Kleider an, und in einer Viertelstunde bist du in der Klasse! Verstanden?"

„Und du, Mariechen", fuhr ich, zu der Kleinen gewendet, fort, die hoch aufhorchte und sich offenbar alle Mühe gab, mich zu verstehen, „du gehst zur Tante Hedwig und wirst sie fragen, was ein kleines Mädchen verdient, das mit den Buben auf der Gasse rauft?"

Das ließ ich ihr durch den Bauer, der mich begleitet hatte, zur Sicherheit noch einmal polnisch übersetzen, und dann traten wir den Heimweg an.

In demselben Augenblick, als ich mich zum Gehen wandte, kam vom andern Bachufer aus der schreienden und johlenden Schar ein Stein geflogen, der mich gerade in den Nacken traf, so daß ich einen leisen Schmerzruf ausstieß. Und nun muß ich gestehen, daß ich in diesem Moment ein schlechter Lehrer war. Denn im Nu war ich über den Laufsteg drüben, und nach wenigen Sekunden hatte ich die Fliehenden eingeholt. Da ich nicht Polnisch oder Ungarisch genug verstand, um mit den fremden Kindern ein Examen nach dem Täter anzustellen, so griff ich mir den Joseph Radnicki, der der lauteste Schreier war, heraus und habe ihm unter dem jubelnden Beifall meiner Schar, die mir natürlich hinterhergelaufen war, mit einer Haselgerte, wie sie in der Prügelei gebraucht worden, die Tracht Schläge gegeben, die er schon längst verdient hatte.

Dann zogen wir heimwärts, und ich ließ die Kinder zwei Stunden nachsitzen. Ich selbst aber setzte mich dabei und saß ebenso lange wie sie. Und gar manche Gedanken vom Unterschied zwischen Worten und Taten sind in diesen zwei Stunden über mich gekommen. — Als ich heute morgen in meinen Garten ging, um mich, wie ich es in jeder Morgenstunde tue, seit der Frühling da ist, an dem Wachsen und Blühen darin zu erfreuen, fand es sich, daß meine sämtlichen, vor drei Wochen von mir selbst gepflanzten jungen Obstbäumchen, zwölf an der Zahl, über Nacht von Bubenhand umgebrochen waren.

1. Mai 1866.

Gestern morgen ganz plötzlich sind die Soldaten marschmäßig angetreten und sind still ohne Sang und Klang abmarschiert. Kein Mensch hat ihnen das Geleit gegeben. Da der letzte Mann das Dorf verlassen hatte, huben in unserm Kirchturm sämtliche drei Glocken zu läuten an, und es geschah, daß die Bauern selbst sie in Bewegung gesetzt hatten, um ihrer Freude Ausdruck zu geben.

Gott aber sei Dank, daß diese Gefahr glücklich an uns vorübergegangen ist!

Mir war so bange ums Herz all die Tage her; ich wußte ja genau, welch tiefer Groll und welch grimmer Haß in den Bauern steckte, und ich wußte ebenso genau, daß es nur eines einzigen, vielleicht gar nicht schlimm gemeinten, sondern nur mißverstandenen Wortes irgendeines Soldaten bedurft hätte, um eine blutige Katastrophe über uns heraufzuführen. Davor sind wir nun bewahrt geblieben, durch — den Krieg mit einer fremden Macht, die aber deutsches Blut in ihren Adern hat, wie wir.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005011-13/fragment/page=0002

...ehandlung durch Hiller war unerhört. Wir wurden ...wie deutsche Soldaten, sondern wie eine Viehherde be... Hiller schlug mich und andere Leute, und seine Unter... nahmen sich an ihm ein Beispiel.

...Darauf wurde als letzter Zeuge der Schriftsteller Doll ...vernommen, der als Bursche des Leutnants Haverland mit im ...war und bei Hillers wohnte. Er sagt: Prügel gehörten zu den ...Gewohnheiten. — Vorsitzender: War Hiller oft betrunken? ...Zeuge: Jawohl. Hiller liebte den Alkohol außerordentlich.

Flucht aus der demokratischen Partei

...Der Angriff führender demokratischer Persönlichkeiten der Reichshauptstadt hat ihren Beitritt zur ...Deutschen Volkspartei vollzogen. In Verbindung ...damit liegt folgender Briefwechsel:

...An den Vorstand der Deutschen Volkspartei. Im Auftrage ...der liberalen Gruppe der Deutschen demokratischen Partei beehren wir uns, mit der Bitte um Rückäußerung folgendes zu übermitteln: Wir fühlen uns in unserem Gewissen verpflichtet, aus der Demokratischen Partei auszutreten. Die Erwartung, daß die Partei sich als Bahnbrecher einer stetigen freiheitlichen Entwicklung, als Schutzherr der Ordnung und Staatsautorität erweisen werde, hat sich nicht erfüllt. Die Haltung der parlamentarischen Vertreter bei bedeutsamen Gesetzesvorlagen hat in weiten Kreisen Unmut und Mißstimmung hervorgerufen. Wir vermissen Klarheit in den Zielen, Festigkeit in der Haltung der Partei, Entschiedenheit in der Wahrung von Lebensinteressen des deutschen Bürgertums nur zu oft vermissen lassen. Die Stellungnahme der Partei zur Ausrufung des Generalstreiks hat die schwersten grundsätzlichen Bedenken geweckt. Die Anwendung des Generalstreiks im politischen Kampfe führt letzten Endes zur Vernichtung des Staatslebens überhaupt. Nachdem der Parteiausschuß einstimmig die Fortsetzung der Arbeitseinstellung gebilligt hat, sehen wir uns zum Austritt aus der demokratischen Partei genötigt. Wir vermögen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Im Wahlaufruf bezeichnet sich die Deutsche Volkspartei als eine liberale Bürger- und Arbeiterpartei, die die Versöhnung der Stände, den Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens und die Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte erstrebe. Diesen Zielen wollen auch wir dienen. Wir wollen den Wiederaufbau auf dem Boden der im Reiche beschlossenen Verfassung und setzen voraus, daß die Deutsche Volkspartei bereit ist, jeglichen Versuch, die Verfassung zu ändern, mit Entschlossenheit abzuwehren."

Der Brief beschäftigt sich dann mit weiteren Zielen der unterzeichneten Schreiber. Dann heißt es weiter: „Wir halten ein freudiges Bekenntnis zum nationalen Gedanken für geboten. Ohne ein starkes, alle Volksschichten durchdrungenes Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit ist die Selbstregierung des Volkes nicht durchführbar. Die Erhaltung der Reichseinheit ist oberstes Gebot. Unter Abwehr nationalistischer und chauvinistischer Tendenzen wollen wir mitarbeiten an der nationalen Wiederaufrichtung unseres Volkes. Was jetzt nottut ist die Schaffung einer Gesinnung, von freiheitlichen Ideen beseelten, vom starken nationalen Empfinden durchglühten liberalen Partei, die alle auf dem Boden der Verfassung stehenden, zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereiten Volkskräfte zusammenfaßt zu rastloser, opferfreudiger Arbeit, abhold unfruchtbarem Parteigezänk, im Geiste tätiger Versöhnung und zugleich erfüllt mit dem unerschütterlichen Willen, die Rechte und Lebensmöglichkeiten des deutschen Bürgertums in Stadt und Land zu sichern und die Wohlfahrt der deutschen Gesamtheit zu fördern.

Wilhelm Kaelsleben, Justizrat und Stadtverordneter; Dr. O. Mugdan, Sanitätsrat; Dr. U. Dropke, Direktor und Stadtv. Dr. Otto Wiemer, Stadtrat."

Die Antwort.

Auf diesen Brief antwortete die Deutsche Volkspartei:

„Auf das an uns gerichtete Schreiben der hiesigen liberalen Gruppe der Demokratischen Partei beehren wir uns, namens der Deutschen Volkspartei folgendes zu erwidern: Wir fühlen uns den Unterzeichnern einig in der Auffassung, daß die organische Fortentwicklung unserer politischen Verhältnisse auf verfassungsmäßigem Boden erfolgen kann. Bekennen uns zu dieser organischen Entwicklung und verwerfen jeden Versuch, gewaltsam die verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland zu ändern. Wir betrachten uns als eine bürgerliche Bürger- und Arbeiterpartei und fühlen uns als Träger solcher Grundsätze in politischer und kulturellen Beziehung.

In dem Brief heißt es dann weiter: „Die Erhaltung und Stärkung der persönlichen Initiative im Wirtschaftsleben ist auch für uns unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Auch wir halten es, daß eine weitgehende und warmherzige soziale Politik Verständnis aller Klassen erstreben muß, daß wir aber von einer marxistisch-sozialistischen Wirtschaftsauffassung nicht eine Besserung, sondern einen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens erwarten müssen. Wir sind bereit, mit einer der Notwendigkeiten und die organische und stetige Entwicklung anerkennenden Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Um dem Bürgertum aber die führende Stellung oder zum mindesten die Mitsicherheitigung in einem solchen Zusammenwirken zu sichern, halten wir es für notwendig, den Kampf gegen Sozialdemokratie und ihre Wirtschaftsauffassung mit aller Kraft zu führen.

Die Verbindung freiheitlicher und nationaler Gedanken sichert uns nach unserer Auffassung allein eine gute deutsche Zukunft. Auch wir sehen die Aufgaben der Zukunft darin, eine große bürgerliche Partei zu bilden, die freiheitliche Auffassung nach innen der Bekundung nationaler Würde nach außen vereint, jede Gewalt von rechts, bekämpft wie jeden Umsturz von links und auf dem Boden der Verfassung alle aufbauenden Kräfte in unserem Vaterlande zu aufbauender Zusammenarbeit.

Wir glauben, daß dieser Gedanke durch nichts mehr gefördert werden kann, als wenn alle, die sich zu diesen Anschauungen bekennen, sich zu gemeinsamer Arbeit hier vereinigen. Die völlige Uebereinstimmung unserer Grundsätze erwöchtet und erfordert unser Zusammenwirken, was einen starken Marschblock zu dieser Einigung bilden würde.

Dr. Stresemann. Dr. Heinze.

Im Anschluß daran erfolgte nachstehende Erklärung:

Nach Kenntnisnahme von dieser Erklärung sind aus der nationalistischen Partei unter anderem ausgeschieden und der Deutschen Volkspartei beigetreten: Rudolf Auger, Fabrikbesitzer J. Bauer, Marinebaurat Geheimer Sanitätsrat Professor Dr. Brandenburg, Stadtverordneter, Fabrikant Dönges, Bankdirektor Gelpke, Kaufmann L. Gutfeld, Kaufmann Hausch, Justizrat Hallensleben, Stadtverordneter, Fr. Heinze, Kaufmann Hahn, Baurat Körthe, Stadtbaurat E. Lüdewitz, Reichsbank-Oberkassenkontrolleur Landorff, Stadtverordneter, Obermeister Menzel, Paul Meile, Ehrenbürger von Berlin, Geheimer Sanitätsrat Nuden, Fabrikbesitzer Schwan, Fabrikbesitzer Stärke, Generalsuperintendent Professor Dr. Trodtke, Stadtverordneter, Fabrikbesitzer Hesse, Professor Dr. Wachsmann, Stadtrat Wiemer.

Halle und Umgebung

Halle, 1. Mai.

Schuljugend und Maifeier

Das schnelle gewaltige Anwachsen und Erstarken des Deutschnationalen Jugendbundes in allen Teilen des deutschen Reiches hat im Lager seiner Gegner schon lange eine wachsende Unruhe hervorgerufen, und immer und immer wieder wird ein neuer Grund hervorgesucht, ihn als den Verderber und Verhetzer der deutschen Jugend hinzustellen. Einer der häufigsten Vorwürfe, die man ihm macht, ist der, daß eine enge Verbindung zwischen ihm und den rechtsstehenden Parteien besteht, die den Zweck hat, schon vor dem wahlpflichtigen Alter Parteihaß und Klassenkampf in die Reihen der Jugend, vor allem der Schuljugend, zu tragen. Diesen Vorwurf brauche ich nicht erst zurückzuweisen, denn jeder, der ohne Vorurteil auf unsere Bewegung sieht, wird und muß zugeben, daß uns nichts ferner als solche parteipolitische Verhetzung liegt. Wer allerdings in der Stärkung und Förderung des national-völkischen Bewußtseins eine parteipolitische Betätigung sieht, dem ist nicht zu helfen. Er verleugnet dann ja auch selbst sein Deutschtum und gilt in unseren Augen ebenso viel wie ein Ausländer, sein Urteil kann füglich nicht maßgebend sein. Oder sollen wir uns durch land- und wesensfremde Elemente den Weg weisen lassen?

Nun aber drängt mir der Maifeiertag, der auch die Schließung der Halleschen Schulen zur Folge hat, die Frage auf, ob hier nicht gerade von der Seite, die uns den eben ausgesprochenen Vorwurf macht, Parteipolitik in die Reihen der Schüler getragen wird. Die Antwort gibt uns ein Blick auf die Ansicht des deutschen Volkes, wie sie in dem Beschluß der Nationalversammlung zum Ausdruck gekommen ist, die den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie ablehnte. Also ein Mehrheitsbeschluß, dem sich wohl am ehesten eine demokratische Regierung fügen mußte. Was tut sie? Sie duldet, daß gegen den Willen der Mehrheit auch an den Schulen der 1. Mai gefeiert werden muß, weil ein Stadtparlament es so wollte. Derselbe Kultusminister, der sonst so streng darauf sah, daß Lehrer und Schüler die Befehle der Regierung ausführten, drückt jetzt beide Augen fest zu. Ist das noch nicht Parteipolitik? Aber Herr Haenisch geht noch weiter. Er glaubt, auf die Ansicht einiger Schüler Rücksicht nehmen zu müssen und erlaubt ihnen, am 1. Mai von der Schule fern zu bleiben. Woher mag Herr Haenisch sich so gewandelt haben? Warum nimmt er denn in der Frage der Kaiserbilder und des Geschichtsunterrichts nicht dieselbe Rücksicht? Der Vorwurf bleibt ihm nimmer erspart: er trägt immer wieder Parteihaß in die jungen Herzen und wir vom Deutschnationalen Jugendbund rufen ihm zu: Parteipolitik egghört nicht in die Jugend.

Martin Faene,
Vorsitzender des Deutschnationalen Jugendbundes, Halle

Unsere Spenden

In unserer Geschäftsstelle wurden nachstehende Beträge gezeichnet, über die wir hiermit öffentlich mit herzlichem Dank quittieren:

Grabmalspende

Fräulein Dähne 1 M; M. R. 3 M; E. D. 5 M; Paul Wilhelmi 25 M; Stattkuh „Amtsbrüder" 20 M; E. K. 5 M; Frau Anna Eggert 20 M; Justizrat Sch. 50 M; Regierungsbaumeister Roediger 20 M; Beamte und Angestellte der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen 400 M; Schulze, Dieskau, 20 M; die im Halleschen Bergwerksverein zusammengeschlossenen Bergwerksgesellschaften 5000 M; Frau Professor Kähler und Familie 20 M; Geschäfter des Reform-Realgymnasiums 10 M; H. H. 20 M; M. G. 5 M; Rechnungsrat Lange, Händelstr. 21, 10 M; Geh. Rat Voretzsch, Gütchenstr. 10, 10 M; Frau L. M., Reilstr. 10 M; Dr. Schwenke 20 M; E. M. 3 M; 2. Streifkompagnie 200 M; D. 20 M; Z. D. 30 M; Oskar Dahlke, Oberingenieur, 10 M; Ungenannt 10 M; Ein Dankbarer 5 M. Zusammen 9188,20 M.

Für die Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten

Paul Wilhelmi 25 M; E. K. 5 M; Frau L. M., Reilstraße, 20 M; Oskar Dahlke, Oberingenieur, 20 M; Ungenannt 10 M; Ein Dankbarer 5 M. Zusammen 1090 M.

Grenzspende

Ingenieur Schlink, Kurallee 17, 50 M. Zusammen 373 M.

Spenden für die Francksche Waisenanstalt

Troitzsch 100 M; Ungenannt 10 M. Zusammen 484 M.

Spenden für Wahlbeiträge

Schulze, Dieskau, 20 M.

— **Abel-Vortrag.** August Abel ist sehr unbefriedigt über die schlechten Gegenredner, die in Halle von den anderen Parteien aufgetreten sind. Er bittet daher herzlich, daß sich andere tüchtigere Kräfte mit ihm am Sonntag messen und lädt alle Führer der Gegner ein, sich an der Aussprache am Sonntag im Thaliasaal (früh 11½ Uhr) zu beteiligen. Die vielen Hunderte, die umkehren mußten, wird voraussichtlich der Thaliasaal wieder nicht fassen. Daher wird sehr geraten, sich frühzeitig einen Platz zu sichern.

— **Keine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs am 1. Mai.** Trotz des Beschlusses des sozialdemokratischen deutschen Eisenbahnerverbandes, am 1. Mai den Eisenbahnverkehr vollständig stillzulegen, wird uns versichert, daß der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Halle wie werktags erfolgt.

— **Liebesgabensendungen nach Oesterreich.** Aufgrund eines Erlasses des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft können die Zweigvereine der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz im Einvernehmen mit den Vorständen der Kommunalverbände Ausfuhrgenehmigungen für Liebesgabensendungen nach Oesterreich erteilen. In Frage kommen nur Sendungen nichtrationierter Lebensmittel für den persönlichen Bedarf des Empfängers und seiner Angehörigen an in Oesterreich wohnende Angehörige des Absenders und zwar ein 5 kg-Paket im Kalendermonat. Anträge, zu denen Muster von der Handelskammer bezogen werden können, sind in dreifacher Ausfertigung an den Zweigverein des Roten Kreuzes, Schmeerstraße 11 II, Zimmer 16, einzureichen. Dort wird auf Wunsch nähere Auskunft erteilt.

— **Kriegshinterbliebene,** welche die Winterbeihilfe für die Monate Februar, März noch nicht erhalten haben, können diese bei der Städt. Kriegshinterbliebenenfürsorge, Kl. Steinstraße Nr. 8, III., Zimmer 127, werktäglich außer Sonnabends täglich von 9—12 Uhr in Empfang nehmen, und zwar Hinterbliebene mit dem Anfangsbuchstaben: A—C am Donnerstag, den 5. Mai, D—F am Freitag, den 7. Mai, G—J am Montag, den 10. Mai, K am Dienstag, den 11. Mai, K—R am Mittwoch, den 12. Mai, S—O am Freitag, den 14. Mai, R—S am Montag, den 17. Mai, S, Sp, St am Dienstag, den 18. Mai, Sch am Mittwoch, den 19. Mai, T—V am Donnerstag, den 20. Mai, W—Z am Freitag, den 21. Mai. Empfangsberechtigt für die Winterbeihilfe sind Kriegerwitwen, die durch große Kindergabl, Krankheit oder kleine Kinder am Erwerb verhindert sind, kinderlose Witwen über 50 Jahre alt oder dauernd erwerbsbeschränkt, Kriegshalb- bezw. Vollwaisen, uneheliche, Stief- und Adoptivkinder von Gefallenen bis zum 15. Lebensjahre und Kriegereltern, sofern sie militärische Hinterbliebenengebührnisse beziehen. Bedürftigkeit muß in jedem Falle vorliegen.

— **Postverkehr mit dem Osten.** Nach Mitteilung der polnischen Postverwaltung ist die seit dem 16. bestehende Sperre der polnischen Grenze für den deutschen Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr sowohl mit Ostpreußen und dem Freistaat Danzig als auch mit Polen selbst für die Grenzstrecke von Bentschen bis zur Ostsee wieder aufgehoben. Der in Betracht kommende Verkehr wird daher wieder in vollem Umfang aufgenommen.

— **Spaltung der Kommunistischen Partei in Halle.** Die Ortsgruppe Halle der Kommunistischen Partei Deutschlands hat dieser Tage eine weitere Schwenkung nach links gemacht, indem sie sich mit wenigen Ausnahmen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands angeschlossen hat. Die Halleschen Kommunisten sind anscheinend manchen Genossen noch immer nicht radikal genug; das will wahrlich schon etwas heißen!

— **Der Hallesche Ruderverein Büllberg von 1884** begeht am Sonntag sein Anrudern, das mit einer Bootstaufe verbunden ist.

— **Der Reichs-Rentner-Verband** hat sich in Hannover gebildet. Zahlreiche Einzelmitglieder aus dem ganzen Reich haben ihren Beitritt erklärt und in diesen Städten steht die Gründung von Ortsgruppen bevor. Nach seinen Satzungen bezweckt der Verband den Zusammenschluß der Rentner zur Wahrung ihrer Interessen in jeder Beziehung, zur Abwehr gegen alle ihre Existenz schädigenden und bedrohenden Gesetzesvorlagen und zur Verbesserung der schon bestehenden, sie schwer drückenden Steuergesetze durch Eingaben an Regierungen, Behörden und politische Körperschaften und durch Vertretung in diesen Körperschaften. Zur Bildung einer Ortsgruppe Halle a. S. nimmt schriftlich Anmeldungen entgegen Otto Voigt, Halle a. S., Wettiner Straße 23 b.

— **Der Evangelische Männer-, Jünglings- und Jugendverein von St. Ulrich** ladet seine Freunde und Gönner zur Feier seines 25jährigen Jahresfestes am Mittwoch, den 5. Mai, abends um 7 Uhr in die Kaiser-Wilhelmshalle, Neue Promenade 8, ein. Die Festordnung bringt Musik-, Gesangs- und Gedichtvorträge. Die Festansprache hat das langjährige Vereinsmitglied Herr Schriftsteller Kurt Diete übernommen. Außerdem wird das zweiaktige Volkschauspiel: „Heimat", von Herbert Wolter, in Szene gehen. Zum Eintritt berechtigende Festordnungen sind ab Sonnabend, den 1. Mai, zum Preise von 1 Mark für Erwachsene und 50 Pfg. für Schüler bei dem ersten Vorsitzenden, Oberpfarrer Richter, Kleine Märkerstraße 1, sowie an der Abendkasse in der Kaiser-Wilhelmshalle zu haben.

— **Der Volkskindergarten** vom Frauenbildungsverein in der Betsche-Lehmann-Stiftung ist noch in der Lage, Kinder aufzunehmen. Besonders jetzt in der guten Jahreszeit bietet der schöne Park Gelegenheit zu gesunder Bewegung und frohem Spiel im Freien. Hier lernen die Kinder die Schönheiten der Natur kennen und haben die Freude der Betätigung an ihren kleinen Beeten. Für die gesundheitlichen Maßnahmen ist ausgiebig gesorgt. Die nötigen Lehrkräfte, Räume, Spiel- und Beschäftigungsmittel sind vorhanden, so daß die Kinder körperlich und geistig ihren Kräften entsprechend gefördert werden und die notwendige Vorbereitung für die Einheitsschule erhalten, die die heutigen Erzieher vom Kindergarten fordern. Anmeldungen werden täglich von 9—12 Uhr im Kindergartenhause, Burgstraße 45, entgegengenommen.

— **U.-T.-Lichtspiele,** Leipziger Straße. „Die Brüder Karamasoff", der vom literarhistorischen wie sozial-ethischen Standpunkte aus gleich hoch zu bewertende Roman des Russen Dostojewski, ist nun auch verfilmt worden. Und zwar recht gut und wirkungsvoll. Dieser Versuch ist jedenfalls weit besser gelungen, als der Wilhelm Kaselowskis, den Roman zu dramatisieren. Diese gewaltige Familientragödie mit ihren kriminellen und seelischen Komplikationen, mit ihren ergreifenden, lebenswahren Bildern hält die Zuschauer vom ersten bis zum letzten Akte in atemloser Spannung. Dazu gesellt sich eine technisch vollendete Vorführung des Films, so daß jeder Besucher von dem neuen Programm — es werden außerdem die neuesten Wochenberichte gezeigt — befriedigt sein wird.

— **Tanzspiele und Kinderlieder von Martin Frey** zu Gunsten des Säuglings- und Kinderheims des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Herr Martin Frey wird Sonnabend, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Thaliasaal eigene Kompositionen unter Mitwirkung der bekannten Konzertsängerin Frau Luise Wiese, von Schülerinnen der Studienanstalt und von Turnlehrerinnen zur Darstellung bringen. Die Tanzspiele werden von Herrn Martin Frey selbst ausgeführt. Karten sind in der Musikalienhandlung Reinhold Koch, Alte Promenade 1a, im Vorverkauf zu haben. Die Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

— **Wuchergericht.** Der Landwirt Wilhelm Gebers, der zu privatisieren scheint, stand unter der Anklage des Schleichhandels vor dem Wuchergericht. Wie er selbst angab, hat er für den Kaufmpächter des Flugplatzes Ankäufe an Lebensmitteln gemacht und u. a. auch Weizen in Mengen von 30—40 Pfund zu 35 Pfg. je Pfund nach und nach erworben. Als er etwa 3½ Zentner zusammen hatte, traf er einen Unbekannten, der sich erbot, ihm den Weizen mahlen zu lassen. Dem Unbekannten habe er den Weizen übergeben, der ihm zur Sicherheit 500 Mark gegeben haben soll, die er zurückgezahlt habe, als er das Weizenmehl bekommen habe. Für das Mahlen habe er 7—8 Mark für den Zentner bezahlt ohne Mahlkarte und gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Den Zentner Weizenmehl habe er dann für etwa 180 Mark (also mit etwa 400 Prozent Nutzen), an den Kasinopächter verkaufen wollen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe (der Staatsanwalt hatte eine Woche und 400 Mk. beantragt), indem es in der Urteilsbegründung ausführte, der Angeklagte habe den Weizen in ganz unverantwortlicher Weise aufgekauft, um ihn mahlen zu lassen und das Mehl zu hohen Preisen weiter zu verkaufen. Er habe den Weizen der Allgemeinheit entzogen und Bevorzugten, die es sich leisten können, zugänglich gemacht, sei daher wegen Schleichhandels zu bestrafen gewesen.

— **Vom Zuge überfahren** wurde gestern morgen ein Lehrling einer hiesigen Autoreparaturwerkstatt. Er fuhr mit mehreren Altersgenossen auf der Plattform eines Wagens von Mietleben nach Halle und balgte sich mit diesen herum. Hierbei fiel er vom Wagen und wurde vom Zuge totgefahren.

Familien-Nachrichten

Geburt: Schriftleiter Hans Helling (Sohn).

Verbindungen: Rosa Schübel und Emil Hesse. — Amanda Ahrend und Wilhelm Hippert.

Todesfälle: Am 29. April Friedrich Hinsche im 47. Lebensjahr. — Am 29. April Luise Pietschmann geb. Rüger. — Am 29. April Eva Stein. — Am 28. April Lehrer Paul Hölzel-Kütten.

Die nächste Ausgabe der „H. S." erscheint mit Rücksicht auf den 1. Mai erst am Sonntag normittag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005011-13/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Konflikt um den 1. Mai

Magdeburg, 30. April.

Zu einem Konflikt kam es gestern in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung zwischen dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Beims und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, den 1. Mai als Feiertag anzusehen und die städtischen Betriebe infolgedessen zu schließen. Oberbürgermeister Beims wandte sich scharf gegen diesen Antrag seiner politischen Gesinnungsgenossen mit der Begründung, daß, wenn die Parlamente den 1. Mai nicht als Feiertag erklärt hätten, den Stadtverwaltungen nichts anderes übrig bleibe, als jenen Beschlüssen zu folgen. Schließlich wurde nach scharfer Aussprache der Antrag zurückgezogen, jedoch ein Antrag auf Schließung der Schulen aufrechterhalten und gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Oberbürgermeister Beims erklärte hierauf im Namen des Magistrats, daß dieser Beschluß nicht durchgeführt werden würde, was einen Entrüstungssturm der Sozialdemokraten zur Folge hatte. Man ist nun gespannt, ob von sozialdemokratischer Seite versucht werden wird, den Schluß der Schulen mit Gewalt durchzuführen.

Bei diesem sozialdemokratischen Oberbürgermeister sollte neben gewissen Amtsgenossen, die er anderwärts hat, Minister Boenisch in die Lehre gehen.

= **Torgau**, 30. April. (Die Stadtverordneten) haben gestern eine Sitzung abgehalten, in der u. a. berichtet wurde, daß die Kommission, die wegen Wohnungsverhandlungen mit dem Militär nach Berlin gereist war, infolgedessen einen Erfolg im Reichswehrministerium gehabt hat, als ihre Vorschläge sofort eingehend geprüft wurden und in etwa 14 Tagen ein positiver Bescheid wird gegeben werden können. Es handelt sich bekanntlich um teilweise Herangziehung der Torgauer Kasernen zu Wohnzwecken für die Zivilbevölkerung. — Im Krankenhause sollen die täglichen Pflegesätze für die 1., 2. und 3. Klasse um 1 Mark erhöht werden. Es wurden Vorschläge auf größere Erhöhung gemacht, die schließlich folgendes Ergebnis hatten: 1. Klasse 6 Mark, 2. Klasse 14 Mark (Auswärtige (15 Mark), 3. Klasse 22 (24) Mark. — Die Forderung einer Garantiesumme für Aufführungen des Märkischen Wandertheaters nächsten Winter wurde in Höhe von 1500 Mark bewilligt. — Die Schulgeldererhöhung beim Gymnasium hat eine Mehreinnahme von 3042,52 Mark zur Folge gehabt.

s. **Aken**, 29. April. (Städtisches.) Stadtverordnetenvorsteher Eke und Stadtverordneter Justizrat Herrmann haben ihre Aemter niedergelegt und sind aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden. Als Nachfolger des letzteren ist Oberpostassistent Ambrosius (Deutschn.) eingetreten. Den städtischen Beamten und Angestellten sind die staatlichen 150 Prozent Teuerungszulagen zugebilligt worden. Da die Klassenbesuchsgiffer der Volksschulen noch immer hoch ist, so sind zwei neue Lehrerstellen eingerichtet worden. Die Hundesteuer ist auf 18 Mk. für kleine und 30 Mk. für größere Hunde festgesetzt. Die Lustbarkeitssteuer beträgt 20 Pfg. auf die Person für den Zutritt zur öffentlichen Tanzmusik, die Kinosteuersätze steigen von 10 Pfg. bis 50 Pfg. je nach dem Preise der Plätze. Doppelgrabstellen kosten in Zukunft 600 Mk., Parkgräber das Quadratmeter 125 Mark. Die von dem früheren stellvertretenden Bürgermeister gezeichneten Kriegsanleihen sollen, soweit sie nicht formell genehmigt worden sind, diesem zur Abnahme angeboten werden. Auf Kosten der Stadt sollen zum Weiterverkauf 200 000 Mauersteine, das Tausend zu 240 Mk., erworben werden. Von verschiedenen Seiten wird der Abbruch der alten Stadtmauer, von der noch stattliche Reste erhalten sind, verlangt. Die Stadt hat ferner etwa 1000 Rammeleter Eichen- und Nüsternbrennholz von der Forstverwaltung erworben und in öffentlicher Auktion an die Einwohner verkauft. Die Kriegsbeschädigten erhielten je 2 Meter zum Taxwert.

R. **Dessau**, 30. April. (Bei einem Einbruchsdiebstahl) der letzte Nacht in das Laboratorium der deutschen Soldawerke in Osternienburg verübt wurde, entwendeten unbekannte Diebe aus einem in die Wand gemauerten eisernen Kassenschrank Platingegenstände, Schalentiegel, Bleche und Drähte im Werte von 75 000 Mark.

tzk. **Langensalza**, 30. April. (Streit um die Garnison.) In einer öffentlichen Bürgerversammlung, die von mehr als 1000 Personen besucht war, wurde Einspruch erhoben gegen die von dem Stadtverordneten Grundmann und Genossen beantragte Kündigung der Garnisonverträge seitens der Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung wurde ersucht, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln diesen Antrag zu verhindern, da andernfalls nicht allein die städtischen Finanzen völlig zerrüttet, sondern auch fast alle wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Stadt aufs schwerste geschädigt würden. Auch aus Sicherheitsgründen müsse die Garnison hier bleiben.

sk. **Leipzig**, 30. April. (Die kostspielige Straßenbahn.) Die Bewilligung erhöhter Löhne an die Straßenbahnangestellten schramt das Defizit, mit dem die Leipziger Straßenbahn arbeitet, auf über 31 Millionen Mark herauf. Ein Privatbetrieb, der so unwirtschaftlich arbeitet, würde natürlich sofort eingestellt werden. Die Stadt will aber erst noch einmal den Versuch machen, einen beträchtlichen Teil des jährlichen Minus, mit dem die Bahn arbeitet, durch erhöhte Fahrpreise auszugleichen. Die Stadtverordneten haben deshalb der Ratsvorlage zugestimmt, wonach eine einfache Fahrt künftig 60 Pfennig, eine Umsteigefahrt 80 Pfennig kostet. Auf die Fahrten Sonntags und nach 9 Uhr abends kommen Zuschläge von 20 bzw. 30 Pfennig, die Monatskarten werden ganz eingezogen. Diese ebermäßige Fahrpreiserhöhung macht die Straßenbahnfahrt bald zu einer Luxusfahrt, sie kann aber auch sehr leicht verkehrserdrosselnd wirken.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

Die Hallesche Viehmarkts-Bank A.-G. beabsichtigt, ihr Kapital um 1 200 000 M. auf 1 500 000 M. zu erhöhen.

Dessauer Waggonfabrik, Akt.-Ges. Das Betriebserträgnis ist im letzten Geschäftsjahre auf 3,12 Mill. M. (i. V. 1,82 Mill. M.) gestiegen, die Unkosten auf 2,96 Mill. M. (1,34 Mill. M.). Der Reingewinn ist auf 154 700 M. (485 900 M.) gesunken. — Die Bilanz enthält 5,8 (2,82) Mill. Mark Bestände und 7,42 (3,39) Mill. Mark Kreditoren bei einem Aktienkapital von 500 000 M. (250 000 M.). (Im Vorjahre wurden 25 Prozent Dividende und 150 M. auf die Genußscheine verteilt.)

Leipziger Braunkohlenwerke A.-G. Trotz der Erhöhung des Gesamtgewinnes auf 383 244 (169 783) M. erhöht sich infolge der auf 181 588 (132 626 M.) erhöhten Unkosten, der auf 121 628 (61 953) M. erhöhten Unterhaltungskosten sowie der Abschreibungen von 150 308 (98 824) M. die Unterbilanz auf 182 511 (112 136) M. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß.

Hirsch Kupfer- und Messingwerke A.-G. Die Verwaltung teilt mit: In einzelnen Berichten über die Generalversammlung der Gesellschaft heißt es, Herr Aron Hirsch habe erklärt, daß die Gesellschaft für mehrere hundert Millionen Mark Fabrikate ins Ausland liefere. Hier liegt ein Mißverständnis vor. Die Gesellschaft legt Wert darauf, dies dahin richtigzustellen, daß Herr Hirsch nur erklärt hat, daß Aufträge in Höhe der genannten Summe bestünden und sich hierunter auch Exportverkäufe in kleinerem Umfange befinden.

Industrie, Handel, Handwerk

Preiserhöhung für Luxusporzellan. Wie wir hören, mußte die Luxusporzellanindustrie einen erneuten Aufschlag eintreten lassen, da die Löhne und die Rohmaterialienpreise gewaltig gestiegen sind. Dazu kommt, daß die fortdauernd schwache Kohlenbelieferung es unmöglich macht, den Betrieb einigermaßen auszunutzen, so daß der Versuch, durch eine rationelle Betriebsführung die Erhöhung der Kosten auszugleichen, fehlgeschlagen ist und auch in Zukunft Figuren und andere Kunstporzellane in größeren Mengen als bisher nicht hergestellt werden können.

Die Preisgestaltung am Reismarkt. Dem Bericht des Reismaklervereins in Hamburg zufolge sind infolge Realisationen einiger Partien aus eingetroffenen resp. nahe fälligen Dampfern die Preise weiter gewichen. Im Augenblick erscheint es, als ob der niedrigste Stand erreicht wäre, da verschiedene Ordres aus dem Inlande sowie Meinungskäufe vorgelegen haben und die Verkäufer dadurch zurückhaltender geworden sind. Für Reispfeifenmehl gilt das gleiche.

* **Wagenstellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) einschließlich der anschließenden Privatbahnen wurden am 28. April d. J. für Kohlen, Koks, Briketts und Nafspreßteine gestellt 4806 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt 1988 Wagen zu 10 Tonnen.

* **Elbeschiffahrt.** Am 29. April traf Kahn Nr. 988 in Aken ein.

* **Elektrolytkupfer.** (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektr. Notiz.) 2591 Mark.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Nach wie vor ist es am Produktenmarkt sehr schwer, zu marktgängigen Preisen Käufer für die im freien Handel befindlichen Bodenfrüchte zu finden, und dies gilt besonders für Hülsenfrüchte. Auch für Lupinen und Serradella bleibt das Geschäft außerordentlich lustlos. Heu und Stroh haben sehr schwierigen Absatz, und die dafür verlangten Preise sind meistens nicht mehr zu erzielen.

Börsenstimmungsbild. Da wegen der Verkehrsschwierigkeiten morgen auch die Börse geschlossen bleibt, also zwei aufeinanderfolgende Feiertage eintreten, herrschte an der Börse starke Geschäftsstille bei lustloser Stimmung. Fortgesetzte Realisationen, teils freiwilliger, teils erzwungene Natur, und die erneut einsetzende Abschwächung der ausländischen Devisenpreise bewirkten mit Ausnahme des Kolonialmarktes ein nahezu fast allgemeines Nachgeben der Kurse. Doch betrugen die Rückgänge nur ganz vereinzelt über 10 Prozent, wie bei Argo, Deutsch-Ueberseeische-Elektrischer, Ablerwerke, Augsburg-Nürnberger Maschinen, Rheinmetall, Zellstoff Waldhof, Deutsche Kali, Otavi und Kanada. Eine Ausnahme von der matten und lustlosen Haltung machten lediglich die schweren Kolonialwerte, so wurden Komona geltweise rege zu 12 500—13 600—13 000 und Kolumbus anfangs zu 9700 gehandelt. Bezeichnend für die Mißstimmung und Unlust ist auch, daß der für die Aktionäre der Mannesmann-Röhrenwerke so günstigende Verkauf der Saarwerke auf den Kursstand keinen Eindruck machte. Im späteren Verlaufe traten Aenderungen von Belang nicht ein. Die Kurse konnten sich leicht erholen. Der Rentenmarkt zeigte bei unveränderten Kursen gleichfalls recht stilles Aussehen.

Wegen der eingetretenen Verkehrshindernisse hat der Börsenvorstand nunmehr den Ausfall der Versammlung für Sonnabend beschlossen.

Hafernotierungen:

Berlin, 30. April. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen 3120—3240 loko ab Bahn — Mk. sofortige Abladung ab Abladestationen 2840—2900. Tendenz: matt

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 30. April. Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	2089.75	2087.25	New-York	57.15	57.55
Brüssel-Antwerp.	370.40	370.40	Paris	744.60	745.40
Christiania	1098.75	1101.25	Schweiz	1021.25	1023.75
Kopenhagen	974.—	976.—	Spanien	674.—	676.—
Stockholm	1220.25	1222.75	Wien (alt.-ö)	20.98	21.02
Helsingfors	267.20	267.80	Oesterreich abgest.	27.72	27.78
Italien	379.70	380.30	Prag	63.40	63.60
London	222.25	222.75	Budapest	25.47	25.53

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Ueberseeische-El.	1280
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	76.—	Deutsche Erdöl	796
5% Deutsche Reichsanl.	79.75	Deutsche Gasglühl.	—.—
4 " "	73.60	Deutsche Kali	440.—
3½ " "	67.40	Deutsche Waff. u. Mun.	410.—
3 " "	74.80	Donnersmarkhütte	249.50
4 Preuss. Konsols	75.75	Döring n. Lehrmann	150.—
3½ " "	63.10	Dürkoppwerke	—.—
3 " "	65.—	Elberfelder Farben	440.—
4 Charl. Stadtanl. 29/69	—.—	Engelhard Brauerei	244.—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—	Felten u. Guilleaume	475.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—.—	Gasmotoren Deutz	200.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	102.—	Gebhardt u. Co.	—.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	103.—	Gebhardt u. König	272.50
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Gelsenkirch. Bergb.	3 540
4 "	—.—	Glanzziger Zuckerfbr.	552.—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	465.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	30.50	Hann. Masch.	331.—
4 Ungar. Gold-Rente	63.50	Harpener Berg.	392.—
4 Ungar. Kronen Rente	30.60	Hasper Eisen	600.—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	397.75
Halberstadt-Blankenb.	—.—	Höchster Farbw.	394.—
Halle-Hettstedter	—.—	Hoesch Eisen n. Stahl	351.50
Schantungbahn	—.—	Hohenlohe-Werke	199.75
Allg. Lokal-Str	125.50	Humboldt-Masch.	42.—
Gr. Berl. Str.	—.—	Ilse-Bergbau	410.—
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kahla-Porzellan	575.—
Lanz. Prinz Heinrich.-B.	560.—	Kaliw. Aschersleben	420.—
Orientbahn	226.—	Körbisd. Zucker-Akt.	333.50
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	201.—
Hambg. Paketfahrt	193.—	Lahmeyer u. Co.	200.25
Hambg.-Südamerika	271.50	Lauchhammer	356.—
Hansa-Dampfschiff	386.25	Laurahütte	26.25
Nordd. Lloyd	185.50	Lingel Erfurt	233.—
Banken:		Linke n. Hofmann	—.—
Bank für Thür.	165.—	Ludwig Loewe u. Co.	295.—
Berl. Handelsges.	2.0.—	Lothringer Hütte	294.—
Comm u. Diskontobank	192.—	Mannesmannröhren	418.—
Darmstädter Bank	118.—	Maschinenfabr Buckau	264.50
Deus. Landesbank	139.50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	310.—
Deutsche Bank	36.6.—	do. Caro Heg.	271.—
Diskonto-Comm.	217.50	do. Kohlenwerke	425.—
Dresdner Bank	184.25	Orenstein u Koppel	283.—
Credit-Anst. Leipzig	146.—	Phönix-Bergb.	4.—
Mitteld. Kreditbank	—.—	Rhein. Metall-Vorz.	25.—
Privat-Bank	184.—	Rhein Stahlwaren	325.—
Nationalbank	151.—	Riebeck. Montan	365.—
Oesterr. Kredit	100.75	Rombacher Hütten	299.75
Reichsbank	137.—	Rositzer Zucker	320.—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	—.—
Schultheiss-Brauerei	235.—	Hugo Schneider u. Co	471.—
Akt. f. Anilin	374.—	Schneckert u. Co.	315.—
Allgem. Elektr.-Ges.	334.50	Siemens u. Halske	199.50
Ammendorfer Papierf.	—.—	Stettiner Chamotte	318.—
Anhalter Kohlenw	253.—	Stettiner Vulkan	3.5.—
Aschaberger Steingut	31.50	Stollberger Zinkh.	240.25
Badische Anilin	240.—	Strass. Spielkarten	274.50
Bergmann-Elekt.-Akt.	241.—	„Terra" Samen A.-G	320.—
Berl. Masch.-Bau	239.75	Thale-Eisenhütte	283.—
Bismarckhütte	175.—	Triptis-Akt.-Ges.	415.—
Bochumer Gußstahl	325.25	Türkische Tabakregie	935.—
Chem. Fabrik Buckau	297.25	Vor. Köln-Rottweiler	325.—
Chem Griesheim	4.—	Glanzstoff Elberf.	—.—
Chem. v. Heyden	342.—	Wagelin a. Hübner	190.—
Consolidation Schalke	475.—	Wersch. Weissenf. Brk.	74.—
Cröllwitzer Papierfabr.	—.—	Westeregeln-Alkali	74.75
Daimler-Motoren	284.75	Wittener Gußstahl	380.—
Deutsch-Luxemburg	316.50	Wrede-Mälzerei	140.—
		Zeitzer Masch.	—.—
		Zellstoff Waldhof	287.25
		Otavi-Minen	205.—

Tendenz: lustlos.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 30. April. Preise für 1000 kg in Mark. Kupfer: 1800—. Elektrolytkupfer: —. Orig.-Hüttenkupfer: 72/750. Memelid-Platten-Zink: 550—000. Hütten-Rohzink: Orig.-Hütten-Aluminium: 2800—0000. Feinzink: Zinn: 8400—8500. 99% Hütten-Zinn: 8150—8500. Nickel 5200—5400. Antimon-Regulus: 1400/1500.

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Umgegend

Sonntag Cantate, den 2. Mai 1920.

Zu U. L. Frauen: Dom. 8 Uhr Pr. Knoblauch. Vorm. 10 Uhr P. Lic. Bauke. Kindergottesdienste: Vorm. 11¾ Uhr P. Fröhr (Dom). Nachm. 2 Uhr P. Knoblauch (Reformationsgymnasium). — Montag (Sophienstr. 6—8) Mittwoch abends 8½ Uhr Wochenandacht: P. Knoepp.

Klinikkapelle (Magdeburgerstr.): Sonntag vorm. 11½ Uhr P. Knoblauch.

St. Ulrich: Vorm. 8 Uhr Vikar Ett. Vorm. 10 Uhr Oberpf. Schlicht. Vorm. 11½ Uhr Stand. Kindergottesdienst (Martinschule); P. Schlicht. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Kirche); Oberpf. Richter.

Diakonissenkirche (Kronberstr. 6a): Vorm. 10 Uhr Vikar Ett. Nachm. 11½ Uhr Kindergottesdienst; P. Thiele.

Johanneskirche: Vorm. 8 Uhr P. Fahsmer. Vorm. 10 Uhr P. Hellmann. Kindergottesdienste: Vorm. 11½ Uhr P. Fischer, mittags 12½ Uhr P. Fischer, nachm. 2 Uhr Vikar Baerwald.

Zu St. Moritz: Dom. 8 Uhr Oberpf. Keller. Beichte und Abendmahl; Derselbe. Vorm. 10 Uhr P. Voigt. Vorm. ½ 11 Uhr Kindergottesdienst; Derselbe.

Hospital: Vorm. 10 Uhr Oberpf. Keller.

St. Georgen: Vorm. 8 Uhr Kons.-Insp. Hannig. Vorm. 10 Uhr P. Dr. Bahldieck. Kindergottesdienste: Vorm. 11¾ Uhr in der Kapelle P. Witte, 11½ Uhr in der Kapelle P. Hellmann, nachm. 2 Uhr in der Kapelle P. Giese. Montag abends 8 Uhr Bibelbesprechung im Gemeindehaus: P. Dr. Bahldieck. Dienstag nachm. 4 Uhr Hannapreis: Derselbe. Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde in der Kapelle; Derselbe. — Riebeck-Stift: Sonntag vorm. 10 Uhr Kons.-Insp. Hannig. — Vereinigte Blindenanstalt: Sonntag vorm. 10 Uhr P. Hellmann, Donnerstag abends 5 Uhr Kindergottesdienst; P. Hellmann.

Domkirche (reform. Gemeinde): Vorm. 10 Uhr Domprediger Konsist.-Rat Joiephson. Vorbereitung und Abendmahl; Domprediger Baumann. Vorm. 11¾ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe. — 6 Uhr Domprd. Lic. Baumann. Dienstag abends 8 Uhr Bibelsprechung Kl. Klausitz. 12. Freitag abends 8 Uhr Wochenandacht: Domprd. Geh. Konsist.-Rat Josephson.

St. Laurentiuskirche: Vorm. 8 Uhr P. Wagner. Vorm. 10 Uhr P. Fröhr. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst; P. Wagner. Dienstag abends 8 Uhr Bibelbesprechung (Gemeindehaus): P. Fröhr.

St. Stephanuskirche: Vorm. 8 Uhr P. Fröhr. Vorm. 10 Uhr Supp. Meinhof. Sammlung für die Berliner Stadtmission. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst; P. Dr. Hagenmeier. Donnerstag 8 Uhr Zeitunbacht (Gemeindehaus); Supp. Meinhof.

Diakonissenhaus: Vorm. 10 Uhr P. Knak.

Pauluskirche: Vorm. 8 Uhr P. Klassenbrede. Vorm. 10 Uhr P. Dr. Abendmahl Pfarrer Bach. Kindergottesdienste: Vorm. 11¾ Uhr P. Wagner, Feuerland, nachm. 2 Uhr P. von Brocker. Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde; P. Bauke. Donnerstag abends 8 Uhr Missionsmeinschaftsstunde; P. Bauke. Donnerstag abends 8 Uhr Missionsstunde (auch für Frauen) des oberen Bezirks; P. von Brocker. Leipzig über: „Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1848".

St. Bartholomäus: Vorm. 8 Uhr Vikar Molkenteller. Vorm. 10 Uhr P. Kunitz. Vorm. ½ 12 Uhr Kindergottesdienst: Vikar Molkenteller. Freitag abends 8 Uhr Bibelsprechung Pfarrhaus: 4. Sup. Schmidt.

St. Petrus: Vorm. 10 Uhr Vikar Molkenteller. Vorm. ½ 11 Uhr Kindergottesdienst; P. Kunitz.

Halle-Trotha: Vorm. 10 Uhr P. Bode. Nachm. 4 Uhr Weihnachtsfeier der Konfirmierten im Pfarrhaus.

Evang.-luth. Gemeinde Weidenplan 4: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. **Bund Halleischer Gemeinschaften.** 1. Domgemeinschaft Kl. Ulrichstraße 12: Dienstag abends 8¼ Uhr Bibelst. m. Besprech. 2. Gemeinschaft der Johannisgemeinde An der Johanniskirche 2: Sonntag abends 8¼ Uhr allgem. Gemeinschaftsstunde. 3. Paulus-Gemeinschaft Zollernstraße 11: Mittwoch ab 8½ Uhr Gemeinschaftsstunde.

Christliche Gemeinschaft Margaretenstr. 5: Sonntag vorm. 11½ Uhr Kinderstunde, nachm. 3 Uhr Vereinigung junger Männer, abends 8 Uhr Familienabend mit Kaffee. Mittwoch abends 8½ Uhr Vereinigung junger Mädchen. Donnerstag abends 8½ Uhr Bibelstunde.

Christl. Gemeinschaft. Liebenauestr. 4. Sonntag vorm. 10 Uhr Bibelsprechstunde, nachm. 3½ Uhr Kindergottesdienst, abends 8 Uhr Evangelisationsversammlung. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

Friedenskirche (Bartlsien' Ludwig-Wucherer-Str. 39: Sonntag vorm. 9 Uhr Gebetsandacht, vorm. 9½ Uhr Gottesdienst (Pred. Klinger). — Montag 11 bis 12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst (Pred. Klinger). Anschließend Abendmahlsfeier. Abends 8 Uhr Jugendverein. Mittwoch abends 8 Uhr Gebetsstunde (Pred. Klinger). — Nietleben (Quellgasse 22c): Vorm. 9¼ Uhr Gottesdienst, vorm. 11—12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst. Donnerstag abends 6¾ Uhr Versammlung (Pred. Klinger).

Methodisten-Gemeinde (Altugsgebäude des Pädagogiums) Franckeschen Stiftungen, Eingang Waisenhaus-Apotheke: Sonntag vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Gottesdienst. Mittwoch abends 8 Uhr Jugendbund. Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Sonnabend abends 7½ Uhr Maiandacht. Sonntag morg. 7 Uhr Frühmesse, vorm. 8 Uhr hl. Messe mit Predigt, 9¼ Uhr Kindergottesdienst, 10¾ Uhr Hochamt mit Predigt, abends 7½ Uhr Maiandacht und wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Hommes aus Düsseldorf über das Thema: „Um die Seele des Kindes". An den Wochentagen sind morgens 6, 7¼ und 8 Uhr hl. Messen. Im Monat Mai ist jeden Abend 7½ Uhr Maiandacht.

St. Barbara-Kapelle (Barbarastr.): Vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt, nachm. 2 Uhr Segensandacht.

St. Norbertikirche (Halle-Giebichenstein): Vorm. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt, nachm. 2 Uhr Andacht. Wochentags 7 Uhr hl. Messe. Montags, Mittwochs, Freitags im Monat Mai abends ½8 Uhr Maiandacht

Ammendorf: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst; P. von Stein. Nachm. 1 Uhr Versammlung der Konfirmierten; P. Balthasar. — Beichte und Kirche: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst; P. Balthasar.

Radewell: Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Beichte und Abendmahlsfeier. Superint. Bodenstein. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Die Anmeldungen der Abendmahlsgäste werden vorher im Pfarrhause erbeten.

Wählberg: Vorm. 1¼ Uhr Gottesdienst; P. Nipschke.

Wörmlitz: Vorm. 9 Uhr Gottesdienst; P. Nipschke.

Passendorf: Vorm. 8 Uhr Frühgottesdienst

Dölau: Vorm. 11 Uhr Predigt; Kandidat Brauns.

Lettin: Vorm. ½9 Uhr Predigt; Kandidat Brauns.

Seeben: Vorm. 10 Uhr P. Dr. Jenrich.

Wettiner Kirchennachrichten.

Sonntag Cantate, den 2. Mai 1920.

Nikolaikirche: Vorm. 9½ Uhr Oberpf. Jeschke. Vorm. 10½ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe.

Burgkirche Vorm. 9½ Uhr Burgpred. Calaminus.

Döblitz: Nachm. 1 Uhr Lesegottesdienst.

Zaschwitz: Nachm. 1 Uhr Oberpf. Jeschke.

Hauptschriftleiter Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Bötticher; für politische Nachrichten, Handel und Wirtschaft und Sport: Hans Hetting; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Druck- und Verlagsdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005011-13/fragment/page=0004